

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich ausser an Feiertagen um 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Quartal 3,00 Mk., pro Halbjahr 5,50 Mk., pro Jahr 10,00 Mk. bei Vorabnahme. Einzelhefte 10 Pf. Wochensatz 1,50 Mk. Anzeigenpreise: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. pro Zeile pro Tag. Bei längerer Anzeigendauer sind besondere Abmachungen zu treffen. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich. — Nachdruck ist ohne Erlaubnis der Redaktion nicht gestattet.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamtis Tharandt, Finanzamtis Meissen.

Nr. 73. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 28. März 1927

Mehr Sparsamkeit.

Angesichts der gewaltigen Zahlungsverpflichtungen, die das Deutsche Reich übernommen hat und die eine internationale Verpflichtung bedeuten, heißt es kein Geheimnis anzuplaudern, wenn man feststellt, daß wir hinsichtlich unseres Haushaltes im Reiche andauernd am Rande des Defizits entlanggehen.

Der Reichstag hatte aber in den letzten Monaten neue Ausgaben beschlossen, die ungefähr eine Milliarde ausmachen und für die keine Deckung vorhanden war. Nun hatte der neue Finanzminister, Dr. Brücker, in seiner ersten Rede betont, daß er nicht daran denke, neue Steuern einzuführen, sondern, daß er hoffe, die Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushaltes nur mit Hilfe der bestehenden Steuern ausgleichen zu können. Diese Hoffnung war durch die Beschlüsse des Reichstages über die Anträge, die in den Ausschüssen angenommen waren, über den Hausen gerammt worden. Der Interparlamentarische Ausschuss der Regierungsparteien hatte sich infolgedessen entschließen müssen, dem Rechnung zu tragen, und hatte eine Reihe von Beschlüssen, vor allem sozialpolitischen Inhalts, zurückerufen. Auf der anderen Seite glaubt der Finanzminister, daß die Erträge der bestehenden Steuern höher angelegt werden können, als das in dem Vorschlag für das Jahr 1926 geschehen ist. So hat man durch ein Entgegenkommen von beiden Seiten für eine notwendige Deckung gesorgt, allerdings unter der Voraussetzung, daß keine neuen Steuern die Wirtschaft und damit die Steuerergebnisse beeinflussen.

Diese Hoffnung bezieht sich aber nur auf den gegenwärtigen Augenblick, also das Etatsjahr 1926/27, das am 1. April abschließt. Es ist jedoch z. B. nicht gelungen, die Erwerbslosenfrage bis zum 1. April neu zu regeln, also eine der schwersten Aufgaben, die auf den Schultern des Reiches liegen und weit über eine Milliarde im Jahr ausmachen, abzubürden. Vielmehr hat das Reich die Verpflichtung übernommen, auch diese Lasten bis zum 1. Oktober weiter zu tragen. Andere, neue, kommen dazu und der Reichsfinanzminister rechnet mit einem Defizit von 478 Millionen, für das keine Deckung da ist. Aber auch jetzt wieder hat er ausdrücklich betont, daß er an eine Erhöhung der jetzigen Steuern nicht denke, daß er vielmehr, um die notwendigen Ausgaben zu decken, die allerletzten Reserven heranzieht. Wenn sich also die Notwendigkeit ergibt, neue Ausgaben zu beschließen, so muß die Deckung dafür durch Einsparung wieder heringebracht werden. Daß die Verwaltung im Deutschen Reich, vom Reich angefangen bis zu den Kommunen herunter, solche Ersparnismöglichkeiten bietet, daß bei uns reichlich zu sparen waltet, ist eine Tatsache, die lediglich von den verantwortlichen Stellen bestritten wird. Es sind ja freilich bei den Beratungen des Interparlamentarischen Ausschusses auch Abstriche bei den einzelnen Etats erfolgt, außerdem hat der neue Reichsfinanzminister darauf hingewiesen, daß weitere Ersparnisse erzielt werden sollen durch eine Vereinfachung der Verwaltung und des Steuersystems selbst. Die Regierung und der Reichstag werden es nun aber als dringende Aufgabe betrachten müssen, diese Zusagen zu verwirklichen. Die einzelnen Reichsstellen werden es lernen müssen, die sogenannten „unbedingt notwendigen“ Ausgaben nochmals einer sehr energischen Nachprüfung zu unterziehen, und die Länder und Gemeinden dürfen sich der Erwägung nicht mehr verschließen, daß die Verwaltung nicht in Selbstzweck ist, sondern zu möglichst geringen Kosten zu erfolgen hat. Kostenersparnis ist das Gebot der Stunde und dann wird es auch möglich sein, Mittel frei zu machen für solche Ausgaben, die nicht bloß den Zwecken der Verwaltung selbst dienen, sondern zum Ausgleich sozialer Missstände oder wirtschaftlicher Vorbelastungen bestimmt sind. Es ist untragbar, daß ein Drittel des deutschen Volkseinkommens in die öffentlichen Kassen abfließt und daß die dafür geleistete Arbeit in keinem rechten Verhältnis zu dieser Summe steht. Leider aber ist der Ruf nach Sparsamkeit in der Verwaltung bisher ziemlich wirkungslos verhallt; wenn der neue Finanzminister es durchzusetzen vermag, daß hier endlich Entscheidendes geschieht, so würde er damit nicht bloß dem Drängen des deutschen Volkes nachgeben, sondern würde sich dadurch auch ein bleibendes Verdienst erwerben.

Die Lage auf dem Balkan.

Untersuchungskommission oder nicht? Über die Lösungsmöglichkeiten des italienisch-jugoslawischen Konflikts sind die Meldungen noch immer widersprechend. Während man in Berliner politischen Kreisen der Ansicht ist, daß eine direkte Einigung zwischen Rom und Belgrad alsbald zu erwarten ist und sich demgemäß die Entsendung einer internationalen Militärkontrollkommission erübrigen würde, wird von Pariser Blättern die Nachricht verbreitet, daß der jugoslawischen Regierung offiziell der Vorschlag zur Entsendung einer Untersuchungskommission gemacht werden soll. Dieser Vorschlag soll ernsthaft sein, auf beiden Seiten der jugoslawischen Grenze Feststellungen zu machen. Er soll aus deutschen, englischen und französischen Vertretern, sowie italienischen und südslawischen Beobachtern zusammen-

Deutsch-französisches Handelsabkommen.

Bis zum 30. Juni.

Die Wirtschaftsdelegationen Frankreichs und Deutschlands sind nunmehr in Paris, wie gemeldet, zu einem Abkommen über die beiderseitigen Handelsbeziehungen gelangt und haben die Fortdauer der gegenwärtigen Abmachungen bis zum 30. Juni vereinbart. Die das Ergebnis ankündigende amtliche Mitteilung hat den folgenden Wortlaut:

Das am 15. März unterzeichnete Protokoll zur Festlegung der Grundsätze des endgültigen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich bildete nur die erste Etappe der seitler in erproblicher Weise fortgeführten Verhandlungen. In Fortführung der Verhandlungen haben die beiden Delegationen beschlossen, ihren Regierungen vorzuschlagen, alle Vereinbarungen, die gegenwärtig für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich maßgebend sind, in ihrer Gültigkeit bis zum 30. Juni zu verlängern. Die Delegationen hoffen, daß zu diesem Zeitpunkt der neue französische Zolltarif angenommen sein wird, und daß dann eine endgültige und vollständige Regelung an Stelle der bisher getroffenen vorläufigen und teilweise Vereinbarungen eintreten kann. Nach Maßgabe dieses Beschlusses haben die beiden Delegationen einen Abkommensentwurf vorbereitet, demzufolge vom 1. April bis 30. Juni einschließlich die französischen Zölle im Rahmen eines Kontingentes zu den gleichen Tarifbedingungen nach Deutschland eingeführt werden können, die den auf Italien und Spanien fallenden Weinen eingeräumt werden. Als Gegenleistung für dieses Jugendnis sind für die hauptsächlichsten Industrien ziemlich ausgedehnte Vorteile gewährt worden. Man hofft, daß die vorbereitenden Entwürfe vor Ende dieses Monats unterzeichnet werden können.

Graf Westarp über Genf.

Grenzen für das deutsche Entgegenkommen.

Bei einer öffentlichen Rundgebung des deutschnationalen Landesparteitages in Kiel gab Graf Westarp einen Rückblick auf die letzten Verhandlungen des Völkerbundes. Die Kompromisse, zugunsten deren die deutsche Delegation den deutschen Rechtsstandpunkt preisgegeben habe, würden allgemein als unbefriedigend anerkannt. Der Völkerbund und seine Freunde könnten sich wahrlich nicht wundern, wenn auch die letzten Ereignisse nicht dazu beigetragen hätten, im deutschen Volke das fehlende Vertrauen zu erwecken. Die Deutschnationalen hätten im Reichstag den Wunsch ausgesprochen, daß Kabinett und Außenminister das deutsche Recht „in enger Fühlung miteinander“ wahren möchten. Dagegen habe sich der Außenminister gewandt. Für den weiteren Gang der Dinge beanspruchten die Deutschnationalen unter loyaler Beachtung der für die Koalition geschaffenen Grundlagen das Recht, ihren Einfluß in der Koalition für die Anwendung der von ihnen in jedem Einzelfall für richtig gehaltenen Mittel einzusetzen, und dazu gehöre, daß dem deutschen Entgegenkommen bestimmte Grenzen gezogen werden. Graf Westarp ging dann auf die deutschen Aufgaben zum Schutze der deutschen Minderheiten, namentlich auch in der Nordmark, und auf die Ostpolitik ein.

Triand habe der jugoslawischen Regierung bereits auf diplomatischem Wege auseinandergesetzt, daß der Gedanke der Entsendung eines von Völkerbund einzusetzenden Ausschusses die Einberufung des Völkerbundes erforderlich machen und so die Liquidierung der jugoslawisch-italienischen Krise hinausögern würde. Im übrigen erwartet „Matin“, daß die italienische Regierung gegen die vorgesehene Art der Regelung keinen Widerspruch erheben werde; daselbe behauptet „Petit Journal“ von der jugoslawischen Regierung. Nach dem „Petit Parisien“ soll jede Nation zwei Vertreter in dem vorgesehene Unteranschuß haben, nach dem „Petit Journal“ sogar deren drei.

Die Pariser Presse veröffentlicht ferner eine römische Depesche, die besagt: Für Italien bestehen keine Gründe, sich dem vorgeschlagenen Verfahren zu widersetzen, obwohl es offenbar ist, daß eine internationale Enquete ein ziemlich langsameres Kontrollmittel bildet und in der Zwischenzeit die beanstandeten militärischen Maßnahmen ausgesetzt oder aufgehoben werden können. Auf alle Fälle wird Italien in loyaler Weise an der Untersuchung teilnehmen und zufrieden sein, daß es durch sein Vorgehen Albanien zum mindesten vorübergehend vor einem Handstreich von außen her bewahrt hat.

Revolutionsgerüchte aus Albanien.

Die Pariser Presse gibt alarmierende Nachrichten aus Athen wieder, wonach die Revolution ausgedehnt sein soll. Die albanische Regierung soll die Mobilisierung von zwölf Jahredklassen verfügt haben.

Befriedigung von Nanjing.

Antienglische Bewegung in Kanton.

Die aus Schanghai gemeldet wird, haben britische und amerikanische Kriegsschiffe Raufing beschossen, nachdem die Verhandlungen über die Freilassung der festgehaltenen Fremden, 95 Amerikaner und 15 Engländer, schlaggeschlagen waren. Nach japanischer Meinung sind mehr als 100 Briten und Amerikaner in Raufing umgekommen. Tatsächlich sind allein 12 englische und 16 amerikanische Marineangehörige gefallen. Weitere Nachrichten wollen von viel größeren Verlusten wissen. Auf die Meldung hin, daß auch der japanische Konsul in Raufing getötet worden sein soll, sind 12 000 Mann japanische Verstärkungen nach Schanghai beordert worden.

Aus Hongkong wird berichtet, daß die antienglische Bewegung in Kanton wieder so ernste Formen annimmt, daß man es in Hongkong für zweckmäßig hält, Truppen zum Schutze nach Schamin, dem Ausländerviertel Kantons, zu entsenden. Nach einer späteren Meldung hat das englische Kanonenboot „Tarantula“ bereits eine Abteilung Marineinfanterie gelandet.

Die ausländischen Truppen in Schanghai in höchster Alarmbereitschaft.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 27. März. Wie aus Schanghai gemeldet wird, liegen alle ausländischen Truppenkontingente an den Grenzen der Internationalen Niederlassung nach wie vor in höchster Alarmbereitschaft, da trotz der äußeren Ruhe, die in Schanghai eingetroffen ist, mit dem nationalen Fanatismus der Kantonesen gerechnet wird. Man rechnet immer noch mit einem kantonesischen Überfall auf die ausländischen Kontingente, der, wenn er Erfolg haben dürfte, bei dem Ausländerhaushalt führen könnte. In den ausländischen Kreisen Schanghais begrüßt man sehr das Eingreifen der Amerikaner. Aus Kalifornien sollen allein 28 amerikanische Bomberflugzeuge nach China unterwegs sein. Bei der Befriedigung von Nanjing sind auch zwei französische Unteranen angekommen.

Der kantonesische Oberbefehlshaber warnt Amerika.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 27. März. Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat der kantonesische Oberbefehlshaber Tschangloshel in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, daß die Ereignisse in Nanjing nur tödlichen Charakter getragen hätten. Es sei bedauerlich, daß sich die Amerikaner von den Engländern in die Raufing Affäre haben hineinziehen lassen. Die Vereinigten Staaten sollten sich nicht von England in eine ungünstige Situation in China hineinmanövrieren zu lassen, sonst würden sie sich bald in derselben ungünstigen Lage in China befinden, wie England selbst. China sei sich der Macht wirtschaftlicher Repressalien wohl bewußt; das Problem der ungleichen Verträge wolle China nicht mit Woffengewalt, sondern im geeigneten Augenblick mit diplomatischen Mitteln zur Lösung bringen.

Nach Meldungen aus Korfa sollen die Italiener in Batona bereits Truppen gelandet haben. Über London wird berichtet, daß italienische Truppenkontingente in Begleitung eines leichten Kreuzers auf der Insel Saseno an der albanischen Küste gelandet worden sind.

Stapelauflauf des Kreuzers „Königsberg“.

Eine Ansprache des Admirals Zentler.

Auf der Reichswerft in Wilhelmshaven wurde der kleine Kreuzer „Königsberg“ vom Stapel gelassen. Überall grüßten Fahnen und Wimpel. Zahlreiche Ehrengäste waren aus dem ganzen Reich herbeigeführt, um dem feierlichen Akt beizuwohnen. Die Taufrede hielt der Oberbürgermeister der Stadt Königsberg, Dr. Lohmeyer. Das Schiff wurde anschließend von Frau Loos, der Gemahlin des Vizeadmirals Loos, des Kommandanten des aus dem Kriege bekannten Kreuzers „Königsberg“, auf den Namen „Königsberg“ getauft.

Nach dem Stapelauflauf fand ein Frühstück im Offiziersheim statt, bei dem der Chef der Marineleitung, Admiral Zentler, in einer Ansprache im Namen der Marine allen dankte, die an dem Werk mitgearbeitet haben, den Konstruktoren, den Werkbeamten und Werkstarbeter und der Industrie. Er führte aus, der neue Kreuzer solle das sichtbare Zeichen des Neubeginns eines neuen Aufbaues des Reiches zu der Provinz sein, die ein großes Geschick vom Reich abgetrennt habe. Wenn kein Weg durch deutsches Land mehr nach Ostpreußen führe, so werde die Marine auf See die Brücke hinüberbauen.